

10.07.2024 - 15:45 Uhr

Rückkehr der Karabach-Armenier ist Voraussetzung für Frieden im Südkaukasus



Zürich/Binz bei Maur (ots) -

Das Recht der vertriebenen Armenier auf die Rückkehr in ihre Heimat Bergkarabach ist eine wichtige Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden mit Aserbaidschan. Dies erklärten eine armenische Delegation und Christian Solidarity International beim UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

"Aserbaidschans Aktionen zielen direkt auf die Bevölkerung von Bergkarabach mit dem Ziel einer ethnischen Säuberung der Region", sagte Vartan Oskanian, ehemaliger armenischer Aussenminister und derzeit Vorsitzender des Komitees für die Verteidigung der Rechte der Bevölkerung von Bergkarabach, am 8. Juli vor dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf. Nachdem Aserbaidschan Bergkarabach zehn Monate lang belagert hatte, startete es im September 2023 eine militärische Offensive, welche über 100'000 Menschen in die Flucht trieb.

UNO soll Bericht zur ethnischen Säuberung vorlegen

In einem [interaktiven Dialog](#) mit der Sonderberichterstatterin für zeitgenössische Formen des Rassismus, Ashwini K. P., erinnerte Oskanian daran, dass noch vor zehn Monaten über 100'000 Armenier in Bergkarabach (auch: Artsakh) lebten, heute jedoch praktisch keiner mehr. Oskanian forderte deshalb die UNO-Sonderberichterstatterin auf, Armenien zu besuchen, mit den aus Bergkarabach Vertriebenen zu sprechen und dem Menschenrechtsrat einen Bericht über die ethnische Säuberung vorzulegen.

Baku kommt seinen Verpflichtungen nicht nach

Oskanian erinnerte an den Entscheid des internationalen Gerichtshofs vom 17. November 2023, wonach Aserbaidschan dafür sorgen muss, dass alle Personen, die Bergkarabach verlassen haben, sicher, ungehindert und zügig zurückkehren können. Diese Weisung steht im Einklang mit den Verpflichtungen Aserbaidschans gemäss dem internationalen Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung. "Bislang hat Aserbaidschan keine nennenswerten Schritte unternommen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen", kritisierte der ehemalige Aussenminister Armeniens.

Aserbaidschan reagiert unmittelbar

Eine Vertreterin Aserbaidschans wies die Kritik zurück und [behauptete](#), die Karabach-Armenier hätten ihre Heimat "freiwillig" verlassen, weshalb Christian Solidarity International die Sachlage verdrehe und den Rat in die Irre führe. CSI-Präsident John Eibner bezeichnete es dagegen als "Verhöhnung" der UNO-Menschenrechte, die ethnische Säuberung in Bergkarabach als "freiwillig" zu bezeichnen. Diese Reaktion sei ein weiterer Beleg für die Absicht des aserbaidschanischen Regimes, die armenische Nation zu zerstören. Eibner: "Alles deutet daraufhin, dass Aserbaidschan ein zweifelhafter Partner für den Frieden ist."

Drei Schlüssel auf dem Weg zum Frieden

Am 9. Juli lud CSI im Rahmen der 56. Sitzung des UNO-Menschenrechtsrats zu einer Parallelveranstaltung ein. Während des [live](#)

[übertragenen Anlasse](#) formulierten Vartan Oskanian, Armine Aleksanyan (ehemals stellvertretende Aussenministerin von Bergkarabach) und der Menschenrechtsanwalt Karnig Kerkonian drei Schlüssel für einen nachhaltigen Frieden zwischen Armenien und Aserbaidschan:

- Das Recht der Armenier auf die Rückkehr nach Bergkarabach
- Die Freilassung aller armenischen Geiseln
- Den Schutz der Kulturgüter in Bergkarabach

"Die vertriebene Bevölkerung von Bergkarabach ist fest entschlossen, in ihre Heimat zurückzukehren, und ihr Recht auf die Rückkehr ist eine Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden", so der ehemalige Aussenminister Oskanian. Das Rückkehrrecht der Kara-bach-Armenier müsse in einem Friedensabkommen zwischen Armenien und Aserbaidschan verankert werden. Andernfalls sei ein nachhaltiger Friede kaum zu erreichen.

Laut Vartan Oskanian verfolgt die Regierung Aserbaidschans nicht nur das Ziel der Landnahme, sondern letztlich die Ausmerzungen der armenischen Bevölkerung und damit einer 4000 Jahre alten Zivilisation. Bezüglich des kulturellen und religiösen Erbes von Bergkarabach schlug Oskanian vor, internationale Beobachter in die Region zu senden, um die Kulturdenkmäler zu überprüfen und ihren Schutz zu gewährleisten.

"Gehen oder sterben!"

Armine Aleksanyan, die in Bergkarabach aufgewachsen ist, betonte, dass die Bewohner von Bergkarabach beim Angriff Aserbaidschans vor die Wahl gestellt wurden: Gehen oder sterben. Es sei dringend notwendig, dass die internationale Gemeinschaft eingreift und Aserbaidschans Pläne, Armenien zu zerstören, stoppt. In diesem Konflikt gehe es um die Verteidigung der Menschenwürde und das Durchsetzen der Menschenrechte. "Es muss solide internationale Garantien und Mechanismen geben, dass Aserbaidschan seinen internationalen Verpflichtungen nachkommt", betonte Aleksanyan. Die uralten Kirchen in Bergkarabach hätten nicht nur für die lokale Bevölkerung Bedeutung, sondern für die weltweite Christenheit insgesamt.

Mit Blick auf die 23 Armenier, die in Aserbaidschan festgehalten werden, sagte Aleksanyan, dass ihnen ein faires Verfahren verweigert werde. Sie forderte internationalen Druck auf die Regierung in Baku, die Geiseln und Kriegsgefangenen freizulassen.

"Aserbaidschan will zerstören"

"In diesem Konflikt geht es um Aserbaidschans Absicht, die Armenier zu zerstören und ihre Spuren in Bergkarabach zu tilgen. Solange Aserbaidschan diese Absicht weiterverfolgt, wird kein Friede möglich sein", erklärte der Anwalt Karnig Kerkonian mit Nachdruck. Ein Rückkehrrecht müsse deshalb die Rückkehr im Kollektiv unter internationalem Schutz umfassen und den Rückkehrern Grundrechte sowie das Recht auf Selbstverteidigung einräumen. Abschliessend meinte Kerkonian, dass es angesichts der weltweit brodelnden grossen Konflikte möglich sein müsse, im Fall von Bergkarabach eine Lösung zu finden. "Wenn wir die Situation im Südkaukasus nicht lösen können, dann können wir auch keinen der anderen Konflikte lösen", so Kerkonian.

Videos

Rede von Vartan Oskanian im UNO-Menschenrechtsrat am 8. Juli 2024: https://youtu.be/vX0NTz7di_k

Aserbaidschans Vertreterin antwortet Vartan Oskanian: <https://youtu.be/UdvijVV5LTE>

CSI-Parallelanlass mit armenischer Delegation im UNO-Menschenrechtsrat: https://youtu.be/xHgCEIMA_N8

Kampagne #BanAzerbaijan

CSI fordert den Ausschluss Aserbaidschans von den Olympischen Spielen in Paris: <https://ots.ch/DAXMsU>

Pressekontakt:

Joel Veldkamp, Internationale Kommunikation CSI, +41 76 258 15 74, joel.veldkamp@csi-int.org

Rolf Höneisen, Kommunikation CSI-Schweiz, +41 44 982 33 77, rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch

Christian Solidarity International ist eine Menschenrechtsorganisation im Einsatz für Religionsfreiheit und Menschenwürde mit Sitz in Binz bei Maur ZH, +41 44 982 33 33, info@csi-schweiz.ch, www.csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Am CSI-Parallelevent im UNO-Menschenrechtsrat vom 9. Juli 2024 (v.l.n.r.): Karnig Kerkonian (Menschenrechtsanwalt), Armine Aleksanyan (ehemals stellvertretende Aussenministerin von Bergkarabach), Vartan Oskanian (ehemaliger Aussenminister von Armenien), Joel Veldkamp (Leiter internationale Kommunikation CSI), John Eibner (Präsident von Christian Solidarity International). Foto: CSI / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100921406> abgerufen werden.